

Am 15. August 1948, heute vor 70 Jahren, wurde im Süden der Koreanischen Halbinsel die Republik Korea gegründet. Die USA übergaben offiziell die Macht an die gewählte Regierung, beließen aber ihre Truppen im Land. Der Norden fühlte sich düpiert, gründete am 9. September eine Volksrepublik. In der Folge kam es zum Kalten und von 1950 bis 1953 zum Heißen Krieg auf der Halbinsel. Seitdem dauert die Teilung ohne Friedensvertrag an.



Paju: Grundschüler hängen an einem Zaun des Imjingak-Pavillons, nahe der Grenze zu Nordkorea, Bänder mit dem Wunsch zur Wiedervereinigung der beiden Koreas auf.

Foto: dpa/Ahn Young-Joon

Mal Sonnenschein, mal Achse des Bösen

Die Korea-Politik der Republik im Süden war stets eine Geisel der Ostasienpolitik im Weißen Haus

Südkorea begeht den 70. Jahrestag seiner Gründung inmitten einer Neuauflage der »Sonnenscheinpolitik«. Eine Nord-Süd-Annäherung hat Chancen, sofern Sperrfeuer seitens Washingtons unterbleibt.

Von Rainer Werning

Die Präsidenten Kim Dae-Jung und Roh Moo-Hyun standen bis 2008 für eine politische Dekade, die in Koreas gemeinsamer Geschichte als »Sonnenscheinpolitik« in die Annalen einging.

Innen- wie außenpolitisch durchlebten die Republik Korea (Südkorea) und die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), die am 15. August und am 9. September den 70. Jahrestag ihrer jeweiligen Staatsgründung feiern, bisher ein überaus turbulentes Jahr. Für beide Staaten standen die Zeichen im Herbst 2016 auf (Wieder-)Annäherung und Entspannung. Anfang 2017 zog jedoch mit Donald Trump ein Mann ins Weiße Haus ein, der sich selbst zum »Schutzherrn« des im Kalten Krieg als »antikommunistischer Frontstaat« gehätschelten Südkorea berufen fühlte. Trump intervenierte viel heftiger sein Vorgänger, und die Stimmung kippte.

Zumindest vorerst – für Nordkorea Anlass, sein ambitioniertes Nuklearprogramm weiterzuentwickeln,

verstärkt Raketentests durchzuführen und mit dem Abschuss einer Interkontinentalrakete vom Typ »Hwasong 15« am 28. November seinen Anspruch auf die weltweite Atomacht Nummer 9 zu untermauern. Und dann seit dem Jahreswechsel eine abrupte Kehrtwende: Der südkoreanische Präsident Moon Jae-In lud hochrangige Vertreter Nordkoreas zu den Winterspielen in Pyeongchang ein und traf sich mit Staatsführer Kim Jong-Un kurz darauf im Grenzort Panmunjom. Ein historisches Treffen, das seinerseits den Kim-Trump-Gipfel am 12. Juni in Singapur ermöglichte.

Moon folgte einer Präsidentin, die aus dem Amt gejagt worden war. Das hatte begonnen mit »Kerzenschein-Demonstrationen« im Oktober 2016 in der Metropole Seoul. Zunächst waren es einige zehntausend, dann Hunderttausende und schließlich ein bis zwei Millionen Menschen, die bis zum Frühjahr 2017 an jedem Wochenende bei Regen, Sturm und Schnee lautstark gegen die Präsidentin ihres Landes, Park Geun-Hye, protestierten. Am Ende erlitt die seit Februar 2013 amtierende Park, Tochter

des Militärdiktators Park Chung-Hee, der das Land von 1961 bis 1979 mit eiserner Faust regiert hatte, ein politisches Debakel ohnegleichen. 234 von 300 Parlamentariern stimmten in der Nationalversammlung für die Amtsenthebung der Präsidentin, bereits eine Zweidrittelmehrheit hätte dafür ausgereicht.

Auslöser für das Amtsenthebungsverfahren gegen die Präsidentin war ein millionenschwerer Korruptions skandal um ihre engste Vertraute Choi Soon-Sil. Diese soll die Regierungsgeschäfte in erheblichem Maße beeinflusst haben, in Staatsgeheimnisse eingeweiht worden sein, ohne jemals Staatsbedienstete gewesen zu sein. Park bat dreimal öffentlich um Entschuldigung. Doch das half ihr nicht; am 10. März 2017 entschied das Verfassungsgericht, dass sie ihren Posten abgeben muss.

Drei Wochen nach ihrer Entmachtung wurde sie verhaftet, später wegen Erpressung, Machtmissbrauchs und Bestechlichkeit verurteilt. Den Rest ihres Lebens soll die Lady, eine Ikone der extrem rechten und stockkonservativen Kräfte im Lande, hinter Gittern verbringen.

Eine Steilvorlage für die parlamentarische wie außerparlamentarische Opposition. Aus der vorgezogenen Präsidentschaftswahl im Mai 2017 ging der Kandidat der Demokratischen Partei Koreas und ehemalige Menschenrechtsanwalt, Moon Jae-In, als strahlender Sieger hervor. Ein Mann überdies, der während des Jahrzehnts von 1998 bis 2008 den beiden damaligen Präsidenten, Kim Dae-Jung und Roh Moo-Hyun, tatkräftig zugearbeitet hatte. Kim und Roh standen für eine politische Dekade, die in Koreas gemeinsamer Geschichte als »Sonnenscheinpolitik« in die Annalen einging. Mitte Juni 2000 fand das erste Gipfeltreffen der Staatshäupter beider Koreas in der nordkoreanischen Metropole Pjöngjang statt. Eine enge gesellschaftliche, wirtschaftspolitische und kulturelle Kooperation zwischen Nord und Süd war die Folge.

Was um die Jahreswende 2000/2001 vielversprechend auf einen kontinuierlichen Entspannungsprozess auf der Koreanischen Halbinsel hindeutete, wurde mit dem Amtsantritt George W. Bushs in den USA brachial ausgehebelt. Bereits im

März 2001 nannte der neue republikanische Chef im Weißen Haus Nordkorea ohne Umschweife einen »Bedrohungs faktor in Ostasien«, und nach nur einjähriger Amtszeit brandmarkte er die Volksrepublik nebst Irak und Iran als Teil einer ominösen »Achse des Bösen«, die es zu zerrüttern gelte. Die von US-Truppen geführte Irak-Invasion mit dem Ziel, dort gewaltsam einen Regimewechsel herbeizubomben, ließ in Pjöngjang die Alarmglocken lauter denn je schrillen.

Seitdem setzte die politische Führung in Pjöngjang sehr rational sowie aus Gründen systemimmanenter Logik und des schieren Überlebens willen auf das, was sie als »größtmögliche Abschreckungspotenzial« bezeichnete. Die Fronten verhärteten sich. Mit dem Amtsantritt von Lee Myung-bak als Präsident in Seoul, der zuvor einen harten Kurs gegen Nordkorea angekündigt hatte, war auch das vorläufige Ende der »Sonnenscheinpolitik« besiegelt.

Unser Autor ist Mitverfasser des Buches »Korea: Von der Kolonie zum geteilten Land«, Wien 2012, Promedia

Extensive Ausbeutung, Volksaufstand, Demokratiebewegung

Südkoreas steiniger Weg vom Militärregime zur bürgerlichen Republik / Präsident Moon ist ein »Produkt« der Aufstände der 80er Jahre

Südkorea war und ist nicht nur Frontstaat im Heißen wie im Kalten Krieg in Ostasien. Es zählt heute zu den Tigerstaaten, den kleinen Wirtschaftswundern der Region.

Die Republik Korea (Südkorea) in den 1970er Jahren: Die Militärdiktatur unter Park Chung-Hee sitzt fest im Sattel. Als »Frontstaat« im Kalten Krieg genießt das Regime uneingeschränkte Unterstützung seitens seiner engsten Verbündeten, den USA. Die Generäle haben unter ihrer Herrschaft wirtschaftliche Großunternehmen – so genannte Finanzkonglomerate (chaebol) – heranwachsen lassen und mit Hilfe großzügig gewährter Subventionen aufgepäppelt. Deren Eigentümer und Bosse verschrieben sich im Gegenzug mit Haut und Haaren den staatlichen »Ordnungskräften«.

Unabhängige Gewerkschaften sind verboten, aufmüpfige Arbeiter werden von staatlichen oder firmeneigenen Greiftruppen sofort »ausgeschaltet«. Es herrschen laut der in Genf ansässigen Internationalen Arbeitsorganisation mit durchschnittlich 54,4 Wochenstunden die welt-

weit längsten registrierten Arbeitszeiten. Arbeitsunfälle im »wachstumsorientierten« Land sind an der Tagesordnung. Eine unabhängige Presse, die darüber hätte berichten können, existiert nicht. Die Medien sind ebenso geschurigelt wie kritische Stimmen aus Politik, Wissenschaft, Kunst und Kultur.

»Sam-Min« wurde seit Beginn der 80er Jahre zum Schlüsselbegriff einer Bewegung, die damit gleichzeitig ihre programmatischen Ziele formulierte. Sam-Min, die »drei Min«, stehen als Kurzformel für drei Begriffe, die jeweils das sinokoreanische »Min« (Volk) als Wortbestandteil enthalten: Minjok (Nation), Minju (Demokratie) und Minjung. Für Letzteres findet man im Lexikon »Volk, Masse, die Massen« als Übersetzung. (*)

Die Sam-Min-Bewegung versteht sich als eine Bewegung zur Verwirklichung der Demokratie, zur Selbstverwirklichung der Nation – was an allererster Stelle den Gedanken der Unabhängigkeit von außen und der Wiedervereinigung einschließt – sowie zur Befreiung und Entfaltung des Minjung. Unter diesen Slogans ver-

sammeln sich Kräfte und Strömungen unterschiedlicher Herkunft und Zielrichtung: von den in unseren politischen Kategorien am ehesten noch als »sozialreformerisch« zu bezeichnenden gemäßigten Präsidenten wie Kim Dae-Jung und Teilen der parlamentarischen Opposition bis hin zu eindeutig sozialrevolutionär und antiimperialistisch orientierten Gruppen und Strömungen der Studenten-, aber auch der Arbeiter- und Bauernbewegung.

Im Frühjahr 1987 war die innenpolitische Lage dermaßen angespannt, dass der neue Militärmacht-haber Chun Doo-Hwan offen erzwang, wie schon 1980 nach dem Aufstand in der südöstlichen Millionenstadt Gwangju das Kriegsrecht zu verhängen. Das Militär sollte zur »Eindämmung von Unruhen« eingesetzt werden. Das allerdings rief flugs jene gewieften Krisenmanager im US-Außen- und Verteidigungsministerium auf den Plan, die sich ein Jahr zuvor auf den Philippinen – in der Endphase der Präsidentschaft von Ferdinand Marcos – buchstäblich die Klinke in die Hand gegeben hatten, um

in dem Inselstaat eine im Interesse Washingtons »geordnete Übergangslösung« herbeizuführen.

Während Chun starr an seinem eisernen Kurs festhielt, ging sein ehemaliger Generalskumpan Roh Tae-Woo zunächst vorsichtig, dann – mit US-Rückendeckung – beherrzt auf Distanz zu seinem langjährigen Mentor. Im Sommer 1981 hatte der Vier-Sterne-General Roh seine Armeeposten aufgegeben – als Chef des Defense Security Command war er an der blutigen Niederschlagung des Kwangju-Aufstands beteiligt –, um fortan als Zivilist Schlüsselpositionen zu bekleiden und seine Kontakte mit den außer militärischen Eliten zu verstärken.

Bereits seit dem Frühjahr 1987 hatte Roh keine Gelegenheit ausgelassen, Dialogbereitschaft mit Oppositionellen zu signalisieren. Als Chun klar wurde, dass sein Kurs keinerlei Erfolgchancen hatte, trat er die Flucht nach vorn an. Am 10. Juni jenes Jahres ernannte er Roh zu seinem Nachfolger und verschwand von der politischen Bühne. Als Roh drei Wochen später seine »Acht-Punkte-

Erklärung« verkündete, mutierte der Ex-General quasi über Nacht zum »Demokratiebringer«. Durch die nahezu wortgetreue Übernahme der zentralen Forderungen der (parlamentarischen) Opposition trug er maßgeblich zu deren Lähmung bei.

Zwar gewann Roh aufgrund der Zersplitterung der parlamentarischen Opposition die Präsidentschaftswahl Ende 1987, doch mit dem Ende seiner Amtszeit (1993) endete auch die Ära der Militärs. Seitdem konnten die Demokratiebewegungen der 80er Jahre eine Wende und Öffnung einleiten, die auch die »Sonnenscheinpolitik« vis-à-vis dem Norden ermöglichten. Der heutige Präsident Moon Jae-In war in jenen politisch turbulenten Zeiten ein politisch aktiver Student, der zeitweise der Universität verwiesen wurde. Rainer Werning

(*) Dieser klassenspezifische Terminus ließe sich am ehesten mit »denen da unten« übersetzen, womit sämtliche Personen und Gruppen gemeint sind, die gesellschaftlich ausgegrenzt, politisch entrechtet, kulturell unterdrückt und sozial gedemütigt sind.